



Wahlbeteiligung bei Europawahl nimmt zu

AfD und BSW gewinnen dort, wo nur wenige Menschen abstimmen



Von Sebastian Fückel

In Rheinland-Pfalz stieg die Wahlbeteiligung bei Europawahlen zum dritten Mal in Folge. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis machten bei der zehnten Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 9. Juni 2024 zwei von drei Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch (66,7 Prozent). Erstmals durften durch eine Änderung des Europawahlgesetzes auch 16- und 17-Jährige an der Abstimmung teilnehmen. Regional fiel die Wahlbeteiligung vor allem in urbaneren sowie in strukturschwachen Gebieten gering aus. Von der höheren Zahl der Wählerinnen und Wähler konnten vor allem die AfD und das BSW profitieren. Gleichwohl zeigt sich, dass die beiden Parteien insbesondere dort niedrige Stimmenanteile erzielten, wo sich insgesamt viele Menschen an der Europawahl beteiligten.

16- und 17-Jährige erstmals wahlberechtigt

Die Änderung des Europawahlgesetzes ...

Mit der Verabschiedung des sechsten Gesetzes zur Änderung des Europawahlgesetzes¹ beschloss der Deutsche Bundestag zur Europawahl 2024 ein Novum in der Geschichte bundesweiter politischer Wahlen. Denn bei der zehnten Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments erhielten in Deutschland erstmals auch 16- und 17-Jährige das aktive Stimmrecht. Die Bundesrepublik ist damit einer von nur fünf Staaten in der Europäischen Union, in denen Bürgerinnen und Bürger bereits vor Vollendung des

¹ Europawahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1994 (BGBl. I S. 423, 555, 852), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 11) geändert worden ist.

18. Lebensjahres an der Europawahl teilnehmen dürfen. Neben Deutschland sind dies Belgien, Griechenland, Malta und Österreich.

In Rheinland-Pfalz erhöht sich die Zahl der Wahlberechtigten dadurch um schätzungsweise 64 600 Personen (siehe Textkasten). Gemessen an allen Wahlberechtigten entspricht dies einem Anteil von 2,1 Prozent.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis waren bei der Europawahl 3,08 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wahlberechtigt. Dies sind 10 565 Personen mehr als 2019 (+0,3 Prozent). Trotz der Erweiterung um die Gruppe der 16- und 17-Jährigen ergab sich bei der Zahl der Wahlberechtigten kein neuer Rekordwert. Die höchste Zahl an Stimmberechtigten wurde

... erhöht die Zahl der Wahlberechtigten um ca. 64 600 Personen.

Mehr Wahlberechtigte als 2019, aber kein neuer Rekord



Zahl der 16- und 17-jährigen Wahlberechtigten

Der Wert von 64 600 Personen ergibt sich, wenn für die Ergebnisse der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf Basis des Zensus 2011 zum 31. Dezember 2023 angenommen wird, dass von den Personen mit einer Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union von denjenigen, die 2006 geboren sind, sieben Zwölftel (entspricht bei einer Gleichverteilung der Geburtstage über das gesamte Jahr den Monaten Juni bis Dezember), von denjenigen, die 2007 geboren sind, alle, und von denjenigen, die 2008 geboren sind, fünf Zwölftel (entspricht bei einer Gleichverteilung der Geburtstage über das gesamte Jahr den Monaten Januar bis Mai) wahlberechtigt sind.

Ferner wird angenommen, dass sich das Verhältnis der Zahl der Wahlberechtigten nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der allgemeinen Wahlstatistik und der auf die soeben skizzierte Weise ermittelten Zahl der zum Wahltag 16-jährigen und älteren Personen mit Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union auf Basis der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum 31. Dezember 2023 insgesamt auf die Gruppe der 16- und 17-Jährigen übertra-

gen lässt. Über alle Altersgruppen hinweg beträgt dieses Verhältnis etwa 0,94.

Dass die Zahl der Wahlberechtigten nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis der allgemeinen Wahlstatistik geringer ausfällt als die Personenzahl, die sich bei der Auswertung der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ergibt, ist unter anderem auf die natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen zurückzuführen, die zwischen dem Jahresende 2023 und dem 9. Juni 2024 stattfanden. Darüber hinaus kann im Rahmen der Auswertung der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes nicht ermittelt werden, wie viele Personen ihren gewöhnlichen Wohnsitz bereits seit mindestens drei Monaten in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union haben. Dies ist jedoch eine notwendige Voraussetzung für die Ausübung des aktiven Wahlrechts. Ebenso wenig kann mittels dieser Datenbasis beispielsweise geprüft werden, wie viele Personen mit gewöhnlichem Aufenthaltsort in Rheinland-Pfalz und der Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union sich dafür entschieden, ihr Stimmrecht nicht in Deutschland, sondern in ihrem Heimatland auszuüben.

Höchststand im
Jahr 2009

in Rheinland-Pfalz 2009 erreicht, als mehr als 3,1 Millionen Bürgerinnen und Bürger über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments entscheiden durften. Hauptursache für die seither rückläufige Entwicklung der Zahl der Stimmberechtigten im Alter von 18 und mehr Jahren ist der demografische Wandel, der bereits seit eineinhalb Jahrzehnten dafür sorgt, dass die wahlberech-

tigte Bevölkerung – vor allem unter den deutschen Staatsangehörigen – schrumpft.

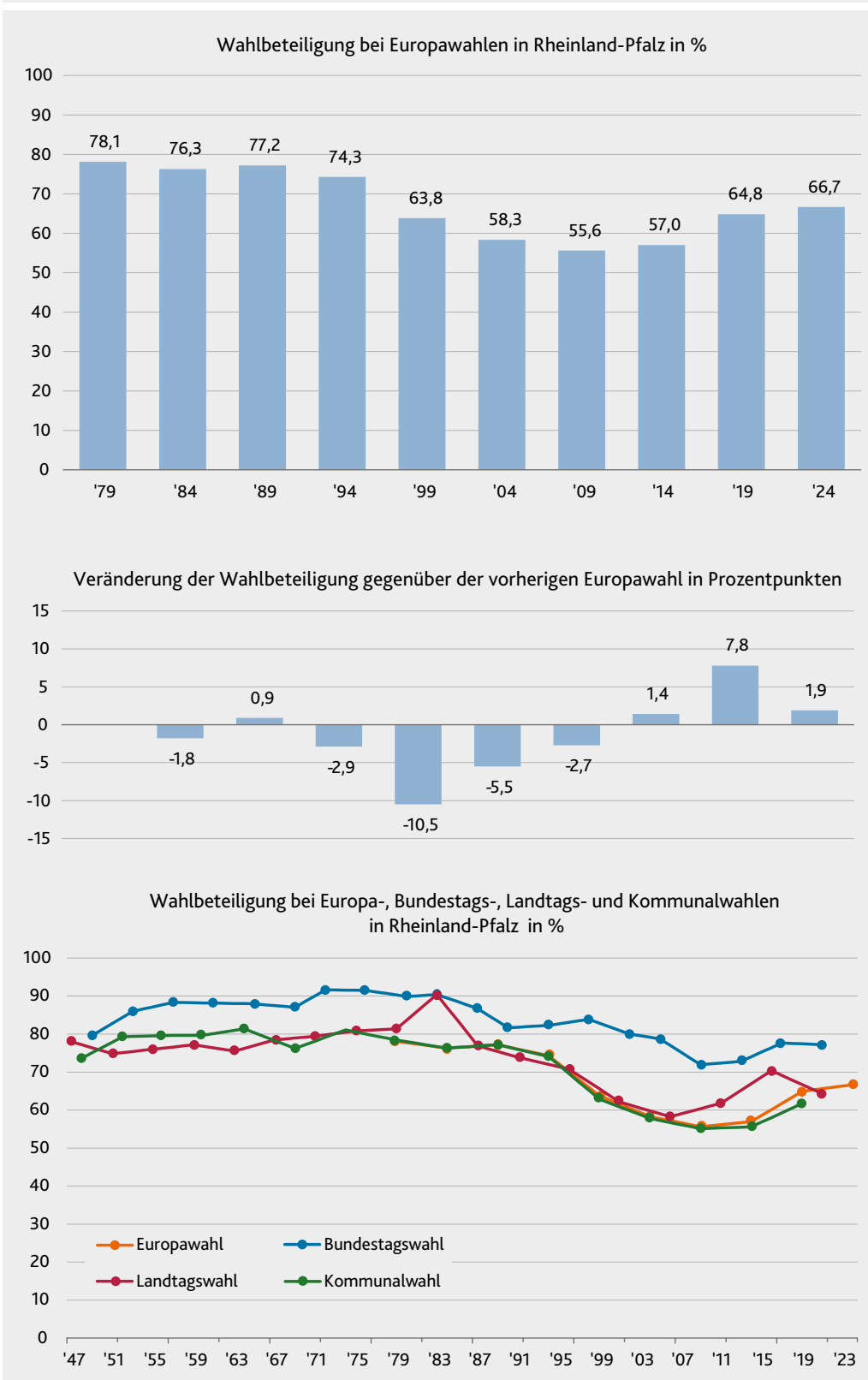
Zwei von drei Wahlberechtigten geben ihre Stimme ab

In Rheinland-Pfalz stieg bei der Europawahl 2024 zwar auch die Zahl der Wählerinnen und Wähler um gut 63 500 auf 2,06 Milli-

2,06 Millionen
Wählerinnen
und Wähler



G1 Wahlbeteiligung bei Europawahlen 1979–2024 sowie Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen 1947–2024





onen Personen (+3,2 Prozent). Hinter dem Höchstwert, der 1989 mit 2,23 Millionen Personen erreicht wurde, blieb die Zahl jedoch ein gutes Stück zurück. Positiv mag stimmen, dass damit bereits zum dritten Mal in Folge mehr Wählerinnen und Wähler als bei der jeweils vorangegangenen Abstimmung über die Zusammensetzung des Europaparlaments zur Urne gingen oder per Brief wählten.

Wahlbeteiligung steigt zum dritten Mal in Folge

Dieser positive Trend spiegelt sich auch in der Entwicklung der Wahlbeteiligung wider, die ebenfalls das dritte Mal in Folge zunahm. Sie belief sich nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis in Rheinland-Pfalz auf 66,7 Prozent. Damit machten zwei von drei wahlberechtigten Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Ein höherer Wert wurde zuletzt 1994 erreicht, als 74,3 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen gingen oder per Brief wählten. Gegenüber der Europawahl 2019 erhöhte sich die Wahlbeteiligung um 1,9 Prozentpunkte.

Wahlbeteiligung im bundes- und im EU-weiten Vergleich überdurchschnittlich

Vierthöchste Wahlbeteiligung im Ländervergleich

Hinsichtlich der Wahlbeteiligung belegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis den vierten Platz. Nur in Sachsen (69,4 Prozent), im Saarland (67,9 Prozent) und in Brandenburg (67,5 Prozent) gaben anteilig mehr Wahlberechtigte ihre Stimme ab. Den mit Abstand niedrigsten Wert verzeichnet Bremen mit 57 Prozent.

Bundesweit belief sich die Wahlbeteiligung auf 64,8 Prozent – ein Anstieg um 3,4 Prozentpunkte gegenüber 2019. Nur 1979 – bei der ersten Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments – fiel das Interesse

der Bürgerinnen und Bürger an einer Europawahl bundesweit noch etwas höher aus (65,7 Prozent).

Zu der überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz dürfte beigetragen haben, dass parallel wieder die Kommunalwahlen stattfanden. Neben Rheinland-Pfalz gab es am 9. Juni auch in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt Kommunalwahlen. Außerdem fanden in Thüringen auf kommunaler Ebene zahlreiche Stichwahlen statt. Alle diese Länder – bis auf Sachsen-Anhalt und Thüringen – verzeichneten bei der Europawahl im bundesweiten Vergleich eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung.

Europa- und Kommunalwahlen finden zeitgleich statt

Ein Blick über die Bundesgrenze hinweg zeigt, dass sich die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz auch im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedsstaaten auf einem hohen Niveau bewegt.² Lediglich in Belgien (89,8 Prozent), in Luxemburg (82,3 Prozent) und in Malta (73 Prozent) votierten relativ betrachtet mehr Unionsbürgerinnen und -bürger über die Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Beteiligung an der Wahl auch EU-weit auf hohem Niveau

Dabei ist zu beachten, dass es in Belgien und in Luxemburg (zumindest formell) eine Wahlpflicht gibt; die Missachtung wird in der Praxis allerdings in der Regel nicht geahndet. Auch in Griechenland und in Italien sehen die Verfassungen formell eine Wahlpflicht vor, deren Missachtung in der Praxis für gewöhnlich ebenfalls nicht geahndet wird. In diesen beiden Staaten fiel die Beteiligung an

² Die Angaben zur Höhe der Wahlbeteiligung in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beziehen sich auf vorläufige Ergebnisse zum Stand 14. Juni 2024, die dem Europäischen Parlament nach Auswertungen von Verian bereitgestellt wurden.

Quelle: Europäisches Parlament: Wahlbeteiligung nach Jahr. Vorläufige Ergebnisse. <https://results.elections.europa.eu/de/wahlbeteiligung> [abgerufen am 15. Juni 2024]



der Europawahl mit 41,4 und 48,3 Prozent sogar sehr viel geringer aus als in Rheinland-Pfalz.

Die niedrigste Wahlbeteiligung aller 27 EU-Mitgliedsstaaten wurde für Kroatien festgestellt, dem jüngsten EU-Mitglied. Dort nahm nur etwas mehr als ein Fünftel der Bürgerinnen und Bürger an der Europawahl teil (21,4 Prozent).

Mehr Unionsbürgerinnen und Unionsbürger stimmen ab

Über alle Mitgliedsstaaten hinweg fiel die Wahlbeteiligung mit 51,1 Prozent etwas höher aus als 2019 (50,7 Prozent). Dies ist der höchste Wert seit 1994, als 56,7 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, und im Verbleich aller Europawahlen seit 1979 ist es der fünfthöchste Wert. Tendenziell ist zu beobachten, dass seit 2014 das Interesse der Unionsbürgerinnen und -bürger an den Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments im EU-Durchschnitt wieder zunimmt. Aussagen und Interpretationen zur zeitlichen Entwicklung sind auf der supranationalen Ebene infolge der diversen Erweiterungsrunden und des Austritts des Vereinigten Königreiches im Jahr 2020 allerdings nur eingeschränkt möglich, da sich die Zusammensetzung der wahlberechtigten Grundgesamtheit zwischen den einzelnen Abstimmungen zum Teil erheblich verändert hat.

Städtische und ländliche Regionen nähern sich an

Wahlbeteiligung steigt in kreisfreien Städten stärker als in den Landkreisen

In Rheinland-Pfalz fiel auf tieferer regionaler Ebene die Beteiligung bei allen bisherigen Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in den kreisfreien Städten geringer aus als in den Landkreisen – so auch 2024. Während in den zwölf kreisfreien Städten nur 62,7 Prozent der Stimmberechtigten an der Europawahl teilnahmen,

waren es in den 24 Landkreisen 67,9 Prozent. Gegenüber 2019 nahm die Wahlbeteiligung in den kreisfreien Städten allerdings etwas stärker zu als in den Landkreisen (+2,8 gegenüber +1,5 Prozentpunkte). Dadurch verringerte sich der Abstand zwischen den städtischen und den ländlichen Regionen mit 5,2 Prozentpunkten auf den niedrigsten Wert aller zehn Europawahlen. Der bislang größte Abstand stellte sich 1999 ein, als die Wahlbeteiligung in den Landkreisen um 12,7 Prozentpunkte höher ausfiel als in den kreisfreien Städten.

Die Spannweite der Wahlbeteiligung reicht in den kreisfreien Städten von 55,7 Prozent in Pirmasens bis 68,9 Prozent in Neustadt. In keiner der zwölf kreisfreien Städte nahmen mehr als 70 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung teil; in vier kreisfreien Städten gingen weniger als 60 Prozent zur Urne oder wählten per Brief. Neben Pirmasens war dies auch in Ludwigshafen (56,2 Prozent), in Kaiserslautern (57,1 Prozent) und in Zweibrücken (59,4 Prozent) der Fall.

Im Vergleich zu 2019 hat sich die Wahlbeteiligung in allen zwölf kreisfreien Städten erhöht. Besonders starke Zuwächse verzeichneten Zweibrücken (+6,7 Prozentpunkte), Pirmasens (+5,9 Prozentpunkte) und Worms (+5,2 Prozentpunkte). Auffallend ist, dass dies die drei kreisfreien Städte sind, in denen die AfD – gemessen in Prozentpunkten – ihre höchsten Zugewinne erzielte. Auch das BSW erreichte bei seinem erstmaligen Antritt in diesen drei kreisfreien Städten überdurchschnittliche Stimmenergebnisse. Von dem Anstieg der Wahlbeteiligung dürften die beiden Parteien insofern profitiert haben, als sie ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler zur Stimmab-

AfD und BSW punkten in den Städten, in denen die Wahlbeteiligung am stärksten zunimmt



T1 Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Verwaltungsbezirk	Wahlbeteiligung in %	Veränderung in Prozentpunkten	Rang		
			2024	2019	Veränderung
Frankenthal (Pfalz), St.	60,7	+3,6	31	31	•
Kaiserslautern, St.	57,1	+2,5	34	33	▼
Koblenz, St.	64,2	+3,4	25	26	▲
Landau i. d. Pfalz, St.	68,3	+1,8	17	14	▼
Ludwigshafen a. Rh., St.	56,2	+2,1	35	34	▼
Mainz, St.	69,1	+0,9	12	9	▼
Neustadt a. d. Weinstr., St.	68,9	+3,6	13	19	▲
Pirmasens, St.	55,7	+5,9	36	36	•
Speyer, St.	64,2	+3,6	25	28	▲
Trier, St.	62,1	+1,8	29	29	•
Worms, St.	60,6	+5,2	32	32	•
Zweibrücken, St.	59,4	+6,7	33	35	▲
Ahrweiler	67,1	+1,2	21	16	▼
Altenkirchen (Ww.)	64,2	+3,4	25	26	▲
Alzey-Worms	70,0	+2,1	7	11	▲
Bad Dürkheim	71,0	+1,1	5	5	•
Bad Kreuznach	64,5	+0,7	23	23	•
Bernkastel-Wittlich	68,1	+3,0	18	21	▲
Birkenfeld	61,4	+2,8	30	30	•
Cochem-Zell	69,2	+0,4	11	8	▼
Donnersbergkreis	68,5	+2,1	16	15	▼
Eifelkreis Bitburg-Prüm	69,8	+0,5	9	6	▼
Germersheim	67,3	+1,6	19	18	▼
Kaiserslautern	68,8	+1,4	14	12	▼
Kusel	69,6	+3,0	10	13	▲
Mainz-Bingen	70,0	-0,7	7	3	▼
Mayen-Koblenz	64,5	+2,3	23	24	▼
Neuwied	63,7	+1,8	28	25	▼
Rhein-Hunsrück-Kreis	68,8	+0,6	14	9	▲
Rhein-Lahn-Kreis	65,0	-0,8	22	17	▼
Rhein-Pfalz-Kreis	71,1	+2,2	3	7	▲
Südliche Weinstraße	71,3	-0,2	2	1	▼
Südwestpfalz	72,8	+1,7	1	2	▲
Trier-Saarburg	71,1	+0,9	3	4	▲
Vulkaneifel	70,4	+6,3	6	22	▲
Westerwaldkreis	67,3	+2,0	19	19	•
Rheinland-Pfalz	66,7	+1,9	x	x	x
Kreisfreie Städte	62,7	+2,8	x	x	x
Landkreise	67,9	+1,5	x	x	x



gabe motiviert haben könnten. Der geringste Zuwachs der Wahlbeteiligung ergab sich im Vergleich der kreisfreien Städte in der Landeshauptstadt Mainz (+0,9 Prozentpunkte).

In den Landkreisen reicht die Spanne der Wahlbeteiligung von 61,4 Prozent in Birkenfeld bis 72,8 Prozent in der Südwestpfalz. Insgesamt gaben in acht Landkreisen mehr als 70 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab; in keinem Landkreis fiel die Wahlbeteiligung unter die Marke von 60 Prozent.

Drei Landkreise mit geringerer Wahlbeteiligung als 2019

Bei der Europawahl 2024 verzeichneten von den 24 Landkreisen – bezogen auf die Wahlberechtigten – 21 Kreise mehr Wählerinnen und Wähler als fünf Jahre zuvor. Der stärkste Zuwachs stellt sich in der Vulkaneifel ein (+6,3 Prozentpunkte). Die drei Landkreise, in denen die Wahlbeteiligung 2024 geringer ausfiel als 2019, sind der Rhein-Lahn-Kreis (–0,8 Prozentpunkte), Mainz-Bingen (–0,7 Prozentpunkte) und die Südliche Weinstraße (–0,2 Prozentpunkte).

Historisch betrachtet sind die Verwaltungsbezirke damit noch weit von den bisherigen Höchst- und Tiefstständen entfernt. Die höchste Wahlbeteiligung bei den bisherigen zehn Europawahlen wurde mit jeweils 84,4 Prozent in den Landkreisen Südliche Weinstraße (1979) und Cochem-Zell (1989) gemessen. Den Negativrekord hält die kreisfreie Stadt Kaiserslautern; dort nahmen 2009 nur 41 Prozent der Wahlberechtigten an der Europawahl teil.

Geringere Beteiligung in strukturschwachen Regionen

Noch etwas größer als auf der Ebene der kreisfreien Städte und der Landkreise fällt die Spanne der Wahlbeteiligung auf der Ebene der zwölf kreisfreien Städte, der

29 verbandsfreien Gemeinden und der 129 Verbandsgemeinden aus. In den 170 Verwaltungseinheiten der so abgegrenzten Verbandsgemeindeebene reicht die Höhe der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis von 51,7 Prozent in der verbandsfreien Gemeinde Idar-Oberstein bis 77,2 Prozent in der Verbandsgemeinde Maikammer.

Auf der Verbandsgemeindeebene nahmen in vier Verwaltungseinheiten mehr als 75 Prozent der Wahlberechtigten ihr Stimmrecht wahr. Neben der Verbandsgemeinde Maikammer war dies auch in der Verbandsgemeinde Wachenheim (76 Prozent), in der Verbandsgemeinde Bodenheim (75,6 Prozent) und in der Verbandsgemeinde Deidesheim (75,4 Prozent) der Fall. Auf der anderen Seite lag die Wahlbeteiligung neben der verbandsfreien Gemeinde Idar-Oberstein nur in der verbandsfreien Gemeinde Bad Kreuznach mit 53,5 Prozent unterhalb der Schwelle von 55 Prozent.

Zwischen 2019 und 2024 stieg die Wahlbeteiligung in 136 der 170 Verwaltungseinheiten. Den stärksten Zuwachs verzeichnet die Verbandsgemeinde Gerolstein mit einem Plus von 9,4 Prozentpunkten. Von den 34 Verwaltungseinheiten, in denen die Wahlbeteiligung sank, sticht die Verbandsgemeinde Nieder-Olm heraus. Dort fiel das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Europawahl um 3,6 Prozentpunkte.

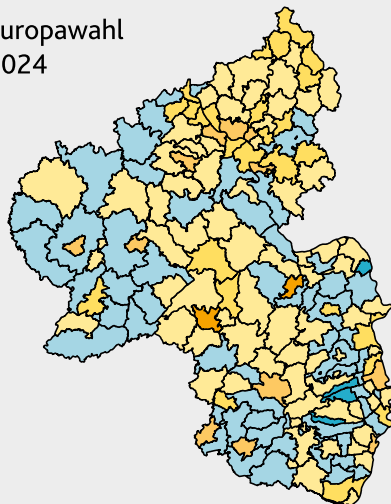
Schon der Vergleich der kreisfreien Städte mit den Landkreisen deutete an, dass die Höhe der Wahlbeteiligung in einem statistischen Zusammenhang mit dem Urbanisierungsgrad der Regionen steht. Diese Vermutung lässt sich auf der Verbandsgemeindeebene bestätigen. Wird der Korrelationskoeffizient zwischen der Bevölkerungs-

Spanne der Wahlbeteiligung auf Verbandsgemeindeebene beträgt über 25 Prozentpunkte

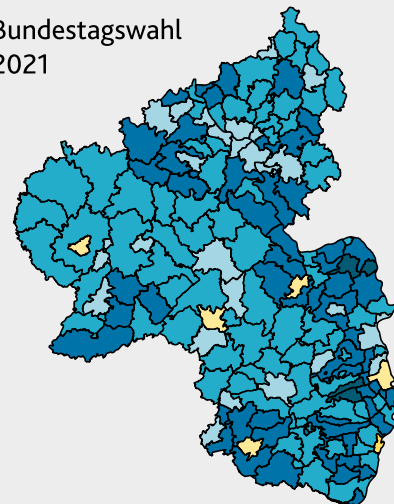
In 34 Verwaltungseinheiten sinkt die Beteiligungsrate

K1 Wahlbeteiligung bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen 2019–2024 in den kreisfreien Städten und Landkreisen

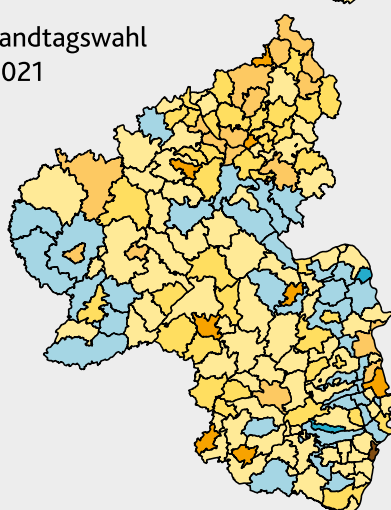
Europawahl
2024



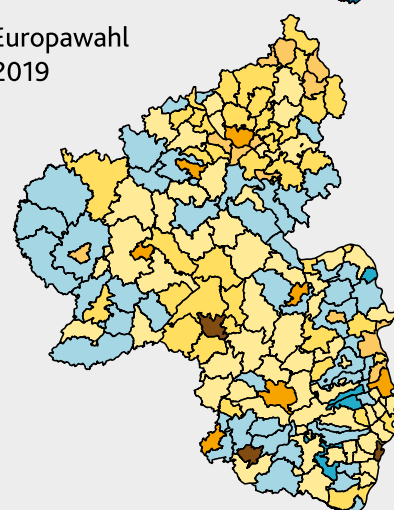
Bundestagswahl
2021



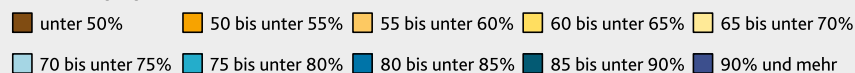
Landtagswahl
2021



Europawahl
2019



Wahlbeteiligung



Wahlbeteiligung von ... bis unter ... %	Europawahl 2024	Europawahl 2019	Bundestagswahl 2021	Landtagswahl 2021
	Anzahl Verwaltungsbezirke			
Unter 50	0	1	0	0
50 – 55	0	3	0	3
55 – 60	4	3	0	5
60 – 65	10	8	0	13
65 – 70	14	17	2	12
70 – 75	8	4	7	3
75 – 80	0	0	21	0
80 – 85	0	0	6	0
85 – 90	0	0	0	0
90 und mehr	0	0	0	0
Landeswert in %	66,7	64,8	77,2	64,3



T2 Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1979–2024 in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Verwaltungsbezirk	'79	'84	'89	'94	'99	'04	'09	'14	'19	'24
	Wahlbeteiligung in %									
Frankenthal (Pfalz), St.	74,6	72,3	74,0	68,6	58,4	52,7	47,2	48,1	57,1	60,7
Kaiserslautern, St.	67,8	66,8	68,3	63,9	46,7	45,9	41,0	43,7	54,6	57,1
Koblenz, St.	72,6	68,9	70,6	68,5	54,1	48,7	45,6	49,3	60,8	64,2
Landau i. d. Pfalz, St.	73,3	72,5	74,5	72,8	57,2	53,2	48,9	54,7	66,5	68,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	69,8	69,3	67,7	65,7	53,5	49,1	46,6	45,0	54,1	56,2
Mainz, St.	74,1	70,8	71,9	69,1	58,1	55,3	53,1	55,1	68,2	69,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	79,5	76,3	77,0	73,2	61,9	55,9	55,8	55,1	65,3	68,9
Pirmasens, St.	70,5	67,9	66,0	64,9	49,5	49,4	44,6	44,9	49,8	55,7
Speyer, St.	73,6	71,0	71,3	69,6	56,2	51,3	48,5	50,1	60,6	64,2
Trier, St.	67,8	65,6	68,3	64,1	50,6	45,3	46,4	48,6	60,3	62,1
Worms, St.	68,4	68,0	70,6	64,9	51,4	45,7	45,6	48,8	55,4	60,6
Zweibrücken, St.	70,6	69,8	70,3	66,3	58,7	44,9	43,6	43,7	52,7	59,4
Ahrweiler	78,1	75,8	76,3	74,5	64,1	56,9	55,4	57,4	65,9	67,1
Altenkirchen (Ww.)	80,6	77,9	79,5	75,5	62,8	56,1	53,5	55,3	60,8	64,2
Alzey-Worms	82,9	82,9	82,2	78,6	68,1	61,4	59,1	60,9	67,9	70,0
Bad Dürkheim	81,8	80,3	79,6	77,4	67,0	62,9	62,3	60,3	69,9	71,0
Bad Kreuznach	78,6	76,8	77,6	74,2	64,4	59,4	55,6	58,6	63,8	64,5
Bernkastel-Wittlich	78,1	76,7	78,8	76,1	68,0	62,9	60,7	59,6	65,1	68,1
Birkenfeld	73,9	73,3	74,9	70,2	60,0	52,7	50,3	53,0	58,6	61,4
Cochem-Zell	82,9	82,5	84,4	81,3	74,2	66,2	62,0	63,6	68,8	69,2
Donnersbergkreis	82,6	81,7	81,6	77,4	68,8	62,4	58,5	59,2	66,4	68,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	81,0	77,9	80,6	77,5	71,7	66,5	64,1	62,8	69,3	69,8
Germersheim	82,1	280,2	80,8	77,2	68,2	61,2	57,5	57,8	65,7	67,3
Kaiserslautern	82,3	80,6	81,7	78,6	69,7	64,6	60,9	61,6	67,4	68,8
Kusel	79,3	78,8	79,5	76,5	66,9	61,5	59,2	61,4	66,6	69,6
Mainz-Bingen	80,6	79,5	79,7	77,1	66,3	61,8	60,6	62,7	70,7	70,0
Mayen-Koblenz	79,4	76,2	77,2	74,6	64,5	57,4	52,3	55,5	62,2	64,5
Neuwied	78,9	75,0	76,1	72,2	61,5	54,3	52,9	54,2	61,9	63,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	82,1	79,9	81,7	78,1	68,7	65,2	59,6	61,7	68,2	68,8
Rhein-Lahn-Kreis	78,2	77,3	77,7	74,6	64,6	59,4	56,3	58,8	65,8	65,0
Rhein-Pfalz-Kreis	82,7	80,4	80,7	78,5	66,5	62,0	57,8	59,5	68,9	71,1
Südliche Weinstraße	84,4	82,7	83,4	81,0	72,5	66,9	63,5	63,3	71,5	71,3
Südwestpfalz	84,3	81,7	84,0	82,0	74,1	68,0	66,7	66,9	71,1	72,8
Trier-Saarburg	82,6	80,0	82,1	79,8	70,2	63,7	61,9	61,5	70,2	71,1
Vulkaneifel	80,8	79,3	80,4	77,7	72,5	63,8	60,0	60,6	64,1	70,4
Westerwaldkreis	80,5	79,3	79,4	76,2	65,1	59,2	56,6	58,9	65,3	67,3
Rheinland-Pfalz	78,1	76,3	77,2	74,3	63,8	58,3	55,6	57,0	64,8	66,7
Kreisfreie Städte	71,4	69,5	70,4	67,2	54,2	49,9	47,6	49,3	59,9	62,7
Landkreise	80,6	78,7	79,7	76,7	66,9	61,0	58,2	59,5	66,4	67,9
Wahlbeteiligung von ... bis unter ... %	<40	40–45	45–50	50–55	55–60	60–65	65–70	70–75	75–80	>80



dichte und der Höhe der Wahlbeteiligung für die 170 Verwaltungseinheiten berechnet, stellt sich ein deutlicher negativer statistischer Zusammenhang ein ($r = -0,41$).³ Das bedeutet, die Wahlbeteiligung fällt umso niedriger aus, je höher die Bevölkerungsdichte einer Verwaltungseinheit ist. Konkret lag die Wahlbeteiligung im Durchschnitt der 34 Verwaltungseinheiten mit der niedrigsten Bevölkerungsdichte (erstes Quintil) bei 70 Prozent. Im Durchschnitt der 34 Verwaltungseinheiten mit der höchsten Bevölkerungsdichte (fünftes Quintil) betrug sie dagegen ganze sechs Prozentpunkte weniger (64 Prozent). Auch für die Verbandsgemeindeebene lässt sich somit feststellen, dass die Wahlberechtigten in urbaneren Regionen bei der Europawahl seltener von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten.

Je höher der
Arbeitslosenanteil
und je höher die
soziale Mindest-
sicherungsquote,
desto geringer die
Wahlbeteiligung

Gleiches gilt für die eher strukturschwachen Gebiete in Rheinland-Pfalz. Denn auch die Höhe des Anteils arbeitsloser Menschen an der Bevölkerung sowie des Anteils der Menschen, die auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen sind, steht in einem negativen statistischen Zusammenhang mit der Höhe der Wahlbeteiligung. Diese negativen statistischen Zusammenhänge sind sogar noch etwas stärker ausgeprägt als bei der Bevölkerungsdichte. Für den Anteil Arbeitsloser an der Bevölkerung nimmt der Korrelationskoeffizient bei der Europawahl 2024 einen Wert von $r = -0,68$ an; für den Anteil der Menschen, die auf soziale Mindestsicherungsleistungen angewiesen sind, sogar einen Wert von $r = -0,8$. Zwischen der durchschnittlichen Höhe der Wahlbeteiligung in den Verwaltungseinheiten mit dem niedrigsten Arbeitslosenanteil (erstes Quintil) und den Verwaltungseinheiten

mit dem höchsten Arbeitslosenanteil (fünftes Quintil) beläuft sich die Differenz auf 8,4 Prozentpunkte; bei der sozialen Mindestsicherungsquote liegen sogar 9,8 Prozentpunkte zwischen dem ersten und dem fünften Quintil.

Zwar können auf Basis solcher einfacher Zusammenhangsanalysen auf der Aggregatenebene keine direkten Schlussfolgerungen auf Kausalbeziehungen auf der Individualebene gezogen werden. Dennoch liegt die Vermutung nahe, dass Personen mit schwächerem sozio-ökonomischen Status seltener von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Dieser Befund ist demokratietheoretisch nicht ohne Probleme, da die Beteiligung an politischen Wahlen eine der stärksten Legitimationsquellen für die Repräsentation politischer Interessen sozialer Gruppen durch politische Entscheidungsträgerinnen und -träger ist. Beteiligen sich bestimmte soziale Gruppen systematisch seltener an grundlegenden politischen Prozessen, besteht die Gefahr, dass die Akzeptanz von politischen Entscheidungen und von Entscheidungsträgerinnen und -trägern durch die betroffenen Gruppen mittel- bis langfristig abnimmt.

Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass die Wahlbeteiligung auch dort tendenziell geringer ausfällt, wo relativ viele junge Menschen leben. Für den Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung stellt sich – allerdings nur ein schwacher – negativer statistischer Zusammenhang ein ($r = -0,21$). Leben in einer Verwaltungseinheit dagegen viele Seniorinnen und Senioren im Alter von 65 und mehr Jahren, beteiligten sich tendenziell mehr Menschen an der Europawahl ($r = +0,25$).⁴ Dieses Mus-

Höhere Teil-
nahmequote in
Gebieten mit
vielen Seniorin-
nen und Seni-
oren

3 Der Korrelationskoeffizient wird in diesem Beitrag nach Bravais-Pearson berechnet.

4 Detailliertere Auswertungen zum Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem Alter der Wahlberechtigten sind mithilfe der Repräsentativen Wahlstatistik möglich. Die Daten der Repräsentativen Wahlstatistik werden voraussichtlich in einigen Wochen vorliegen.



ter ist für politische Wahlen zwar nicht neu; angesichts der umfassenden Debatten über die Absenkung des Wahlalters im Vorfeld der Europawahl scheint das politische Interesse der jüngeren Wahlberechtigten jedoch nur mäßig ausgeprägt gewesen zu sein.

Konfessionelle
Struktur offen-
bart statistische
Zusammen-
hangsmuster

Einen weiteren positiven statistischen Zusammenhang gibt es zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Katholikinnen- bzw. Katholikenanteil in den 170 Verwaltungseinheiten der Verbandsgemeindeebene ($r = +0,25$). Davon dürfte nicht zuletzt die CDU profitiert haben, nachdem es in der politischen Wahlforschung ein bereits seit langem gesicherter Befund ist, dass Katholikinnen und Katholiken überproportional häufig dazu tendieren, ihre Stimme der Union zu geben. Demgegenüber kann bei der Europawahl 2024 kein statistischer Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Anteil der Protestantinnen und Protestanten in den Verwaltungseinheiten der Verbandsgemeindeebene nachgewiesen werden.

Ein negativer Korrelationskoeffizient ergibt sich für den statistischen Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Anteil der Menschen mit sonstiger oder ohne Religionszugehörigkeit ($r = -0,48$) sowie dem Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Bevölkerung ($r = -0,59$). Dies könnte sich vor allem mit Blick auf das Stimmenergebnis der GRÜNEN negativ ausgewirkt haben. Denn postmaterialistische und kosmopolitische Einstellungen und Werthaltungen, die häufig in einem positiven statistischen Zusammenhang mit den Wahlergebnissen der GRÜNEN stehen, sind in Gebieten mit einem hohen Anteil von Menschen ohne traditionelle konfessionelle Bindung und einem hohen Anteil von Ausländerinnen und Ausländern in der Bevölkerung meist weiter verbreitet. Fiel die

Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 in diesen Gebieten tendenziell niedriger aus als in anderen Verwaltungseinheiten, könnte dies einen Teil zu der Erklärung des vergleichsweise schwachen Wahlergebnisses der GRÜNEN beitragen.

AfD und BSW punkten in Gebieten mit geringer Wahlbeteiligung

Auffallend ist weiter, dass die Höhe der Wahlbeteiligung in einem zum Teil starken negativen Zusammenhang mit der Höhe des Stimmenanteils einzelner Parteien steht. Die AfD ($r = -0,29$), DIE LINKE ($r = -0,42$) sowie das BSW ($r = -0,36$) erzielten bei der Europawahl 2024 überall dort höhere Stimmenanteile, wo die Wahlbeteiligung niedrig war. So erreichte beispielsweise die AfD im Durchschnitt der 17 Verwaltungseinheiten mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (erstes Dezil) mit 17,7 Prozent einen um 4,6 Prozentpunkte höheren Stimmenanteil als im Durchschnitt der 17 Verwaltungseinheiten mit der höchsten Wahlbeteiligung (zehntes Dezil), wo sie nur auf 13,1 Prozent kam. Bei der Partei DIE LINKE reicht die Spanne des durchschnittlichen Stimmenanteils in Abhängigkeit von der Höhe der Wahlbeteiligung zwischen dem ersten und dem zehnten Dezil der 170 Verwaltungseinheiten von 1,8 bis 1,2 Prozent; beim BSW von 5,7 bis vier Prozent.

Dieser Befund legt die Interpretation nahe, dass es anderen Parteien in bestimmten Regionen weniger gut gelungen ist, ihre Wählerschaft bei der Europawahl zu mobilisieren. Davon konnten vor allem die AfD und das BSW profitieren.

Von den drei Regierungsparteien im Land stellt sich nur für die SPD ein negativer statistischer Zusammenhang zwischen der

AfD und BSW
profitieren von
geringer Wahl-
beteiligung

Mobilisierungs-
defizit bei
der SPD



T3 Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 nach strukturellen Merkmalen der Verwaltungseinheiten

Merkmal	Quintile ¹ der Verwaltungseinheiten	Durchschnitt der Merkmalsausprägung	Durchschnittliche Höhe der Wahlbeteiligung	Stärke des statistischen Zusammenhangs zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Merkmal gemäß Korrelationskoeffizient nach Bravais-Pearson ³	
		in der Dimension des jeweiligen Merkmals ²	%		
Bevölkerungsdichte	sehr gering	78,0	70,0	-0,41	
	gering	138,8	69,6		
	durchschnittlich	204,6	68,9		
	hoch	339,7	67,3		
	sehr hoch	819,2	64,0		
Bevölkerungsanteil der unter 18-Jährigen	sehr gering	15,1	69,3	-0,21	
	gering	16,3	68,9		
	durchschnittlich	17,0	67,2		
	hoch	17,5	67,9		
	sehr hoch	18,8	66,5		
Bevölkerungsanteil der 18- bis unter 65-Jährigen	sehr gering	57,3	68,1	-0,15	
	gering	58,7	67,9		
	durchschnittlich	59,4	69,3		
	hoch	60,1	67,7		
	sehr hoch	61,9	66,8		
Bevölkerungsanteil der 65-Jährigen und Älteren	sehr gering	20,9	66,2	0,25	
	gering	22,4	68,6		
	durchschnittlich	23,3	67,3		
	hoch	24,6	68,2		
	sehr hoch	26,8	69,5		
Ausländeranteil	sehr gering	6,8	70,6	-0,59	
	gering	9,1	70,5		
	durchschnittlich	11,3	68,8		
	hoch	13,7	66,6		
	sehr hoch	19,2	63,1		
Bevölkerungsanteil mit katholischer Religionszugehörigkeit	sehr gering	18,6	66,3	0,25	
	gering	24,8	67,2		
	durchschnittlich	32,9	68,4		
	hoch	43,0	67,1		
	sehr hoch	59,8	70,8		
Bevölkerungsanteil mit evangelischer Religionszugehörigkeit	sehr gering	8,7	68,1	0,00	
	gering	15,7	67,2		
	durchschnittlich	23,2	67,9		
	hoch	31,3	68,5		
	sehr hoch	41,1	67,9		
Bevölkerungsanteil mit sonstiger/ohne Religionszugehörigkeit	sehr gering	29,2	71,0	-0,48	
	gering	35,5	69,3		
	durchschnittlich	40,5	67,4		
	hoch	44,6	67,6		
	sehr hoch	51,0	64,4		
Beschäftigungsquote	sehr gering	34,6	67,7	0,01	
	gering	38,7	65,8		
	durchschnittlich	39,8	68,9		
	hoch	41,0	68,4		
	sehr hoch	42,7	69,0		
Arbeitslosenanteil	sehr gering	1,5	71,2	-0,68	
	gering	1,9	70,0		
	durchschnittlich	2,2	68,3		
	hoch	2,6	67,5		
	sehr hoch	3,6	62,8		
Soziale Mindestsicherungsquote	sehr gering	3,3	72,0	-0,80	
	gering	4,3	70,5		
	durchschnittlich	5,1	68,8		
	hoch	6,4	66,2		
	sehr hoch	9,7	62,2		
Wohnraumversorgung	sehr gering	468,5	69,2	-0,15	
	gering	487,5	68,2		
	durchschnittlich	506,7	67,2		
	hoch	527,1	67,8		
	sehr hoch	572,8	67,3		

1 Die 170 Verwaltungseinheiten wurden für jedes Merkmal nach der Höhe der betreffenden Merkmalsausprägung aufsteigend sortiert und in fünf gleich große Gruppen eingeteilt. – 2 Zur Übersicht der Einheiten der einzelnen Merkmale siehe S. 73 der Statistischen Analyse Nr. 64. – 3 Der Korrelationskoeffizient nach Bravais-Pearson kann Werte zwischen -1 und +1 annehmen. Ein Koeffizient nahe dem Wert +1 deutet darauf hin, dass die Wahlbeteiligung in den Verwaltungseinheiten desto höher ist, je höher das Bezugsmerkmal in den Verwaltungseinheiten ausgeprägt ist. Ein Koeffizient nahe dem Wert -1 deutet darauf hin, dass die Wahlbeteiligung in den Verwaltungseinheiten desto geringer ist, je höher das Bezugsmerkmal in den Verwaltungseinheiten ausgeprägt ist. Ein Koeffizient nahe 0 deutet darauf hin, dass in den Verwaltungseinheiten zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Bezugsmerkmal kein statistischer Zusammenhang besteht.



Höhe der Wahlbeteiligung und ihrem Stimmenanteil ein ($r = -0,15$). Er fällt jedoch moderater aus als bei der AfD, der Partei DIE LINKE und dem BSW. Auch dies könnte für ein Mobilisierungsdefizit sprechen, nachdem die SPD nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis absolut betrachtet gegenüber der Europawahl 2019 rund 62 300 Stimmen verlor und relativ betrachtet mit einem Stimmenanteil von nur 17,5 Prozent einen historischen Tiefstand bei einer Europawahl hinnehmen muss.

GRÜNE nach
Rekordergebnis
wieder auf altem
Niveau

Die GRÜNEN gaben absolut betrachtet gegenüber der Europawahl 2019 zwar mehr als doppelt so viele Stimmen ab – nämlich rund 139 700. Ihr Stimmenanteil bewegt sich mit 9,3 Prozent allerdings in etwa wieder auf dem Niveau der Europawahlen von 2004, 2009 und 2014. Angesichts der besonderen Aufmerksamkeit, die dem Thema Umwelt- und Klimaschutz bei der Europawahl 2019 entgegengebracht wurde, spricht vieles dafür, dass das Ergebnis der GRÜNEN bei der vergangenen Europawahl außergewöhnlich gut ausfiel und sie 2024 wieder auf ihr Stammwählerinnen- und Stammwählerpotential zurückgefallen sind. Dafür spricht auch, dass es auf der Verbandsgemeindeebene praktisch keinen statistischen Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Stimmenanteil der GRÜNEN gibt ($r = +0,04$).

FDP
stabilisiert
sich

Für die FDP, die absolut betrachtet im Vergleich zu 2019 gut 5 400 Stimmen hinzugewinnen und ihren Stimmenanteil mit 5,9 Prozent minimal ausbauen konnte, ergibt sich demgegenüber ein schwacher positiver statistischer Zusammenhang zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und ihrem Stimmenergebnis ($r = +0,12$). Von den drei Regierungsparteien dürfte es ihr am besten

gelingen sein, ihre Kernwählerschaft zu mobilisieren.

Positive statistische Zusammenhänge stellen sich zudem zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und den Stimmenanteilen der beiden Oppositionsparteien CDU ($r = +0,28$) und FREIE WÄHLER ($r = +0,16$) ein. Die CDU, die ihr Ergebnis von 2019 absolut (+9 400 Stimmen) und relativ (–0,6 Prozentpunkte) betrachtet in etwa halten konnte, und die FREIEN WÄHLER, die ihr Ergebnis sowohl absolut (+48 800 Stimmen) als auch relativ (+2,3 Prozentpunkte) ausbauen konnten, profitierten damit von der hohen Wahlbeteiligung. Sie konnten zum einen ihre Kernwählerinnen und -wähler sehr wahrscheinlich erneut zur Teilnahme an der Europawahl motivieren. Zum anderen dürften sie aber auch teils neue Wählerinnen und Wähler hinzugewonnen haben.

Oppositions-
parteien
zählen zu den
Gewinnern

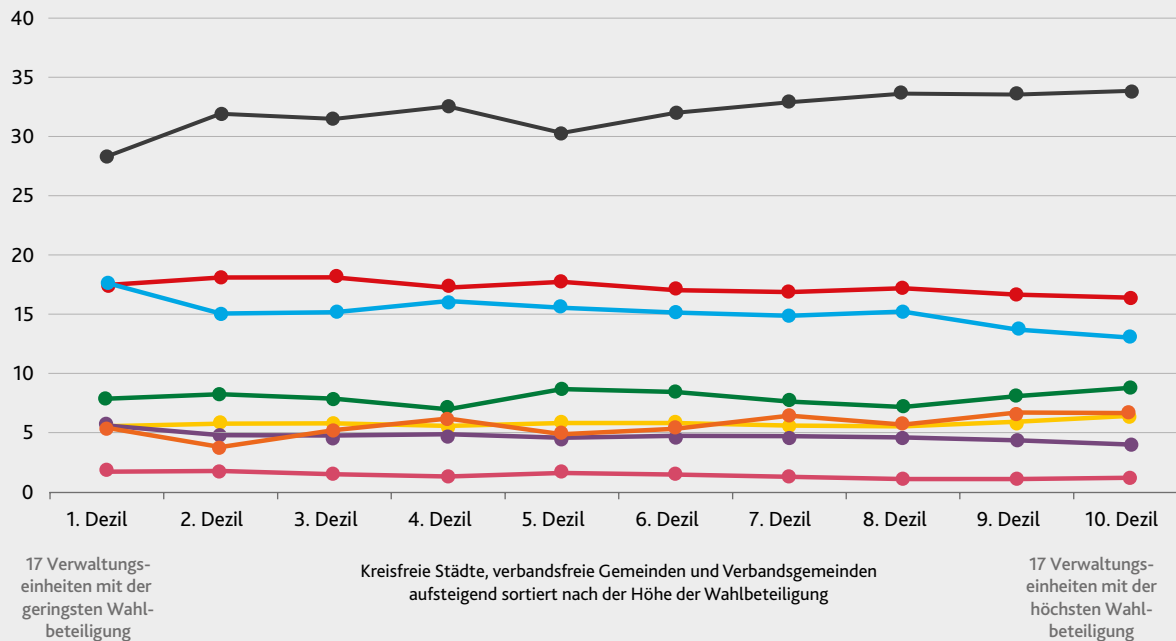
Dass eine Zunahme der Wahlbeteiligung jedoch nicht zwangsläufig mit einem besseren Ergebnis der drei Regierungsparteien im Land oder der CDU und den FREIEN WÄHLERN einhergehen muss, belegen die positiven statistischen Zusammenhänge zwischen der Veränderung der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 im Vergleich zur Europawahl 2019 (gemessen in Prozentpunkten) und den Stimmenanteilen der AfD ($r = +0,37$), der Partei DIE LINKE ($r = +0,06$) und des BSW ($r = +0,3$) bei der Europawahl 2024. Nur bei diesen drei Parteien fällt der Korrelationskoeffizient positiv aus. Besonders die Werte der AfD und des BSW sprechen dafür, dass die höhere Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 auch auf die Mobilisierung ehemaliger Nichtwählerinnen und Nichtwähler zurückgehen könnte, die bei der Abstimmung ihre Unzufriedenheit mit den Regierungsparteien zum Ausdruck bringen wollten.

AfD und BSW
konnten ver-
mutlich ehe-
malige Nicht-
wählerinnen
und -wähler
aktivieren

G2 Statistischer Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem Stimmenanteil ausgewählter Parteien 2001–2024

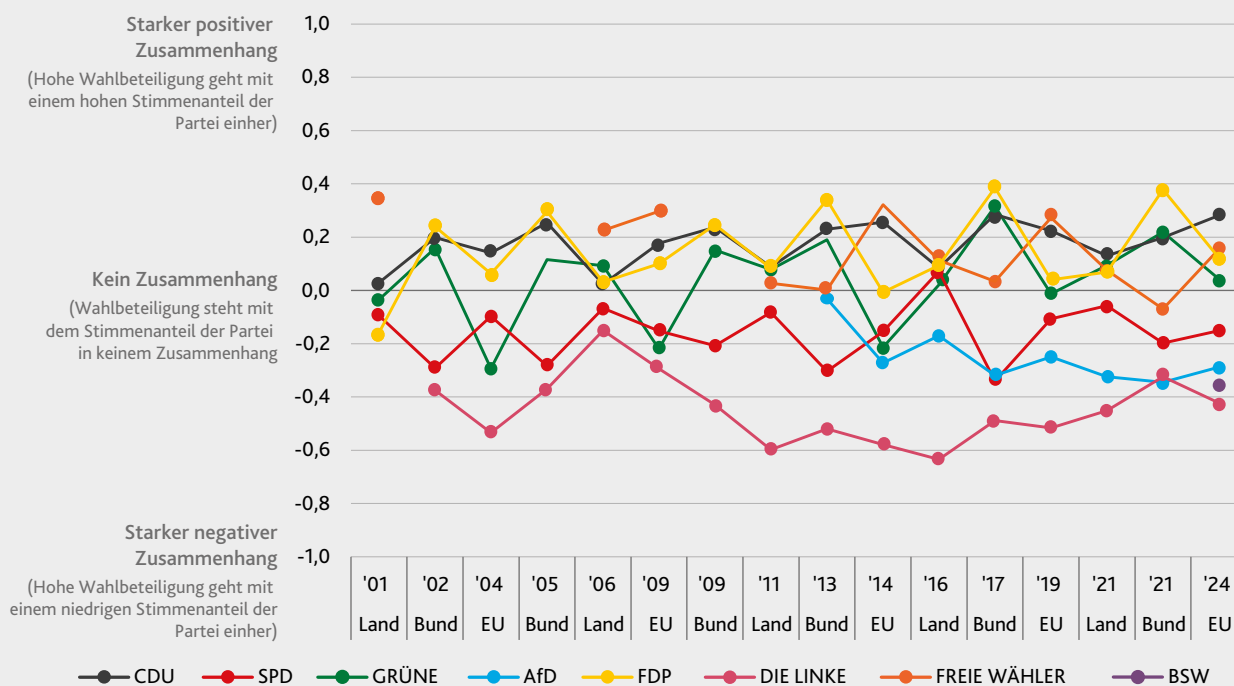
Stimmenergebnis ausgewählter Parteien bei der Europawahl 2024

Durchschnittlicher Stimmenanteil in %



Stärke des statistischen Zusammenhangs zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung und dem Stimmenanteil ausgewählter Parteien

Korrelationskoeffizient nach Bravais Pearson (r)





Fazit

Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl in Rheinland-Pfalz ist zum dritten Mal in Folge gestiegen. Dieser positive Befund wird allerdings dadurch etwas getrübt, dass sich nicht in allen Regionen des Landes gleichermaßen mehr Bürgerinnen und Bürger an die Urnen begaben oder per Brief wählten. Vielmehr zeigt sich weiterhin, dass die Wahlbeteiligung vor allem in strukturschwachen Regionen niedriger ausfällt als in Gebieten, die sozio-ökonomisch stärker aufgestellt sind. Auch zwischen Stadt und Land bestehen Unterschiede, wobei in den ländlichen Regionen mehr Menschen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten.

Mit Blick auf das Wahlergebnis sprechen die empirischen Befunde dafür, dass die Zunahme der Wahlbeteiligung in erster Linie die AfD und das BSW gestärkt hat. Beide Parteien erzielten dort hohe Stimmenanteile, wo die Wahlbeteiligung gegenüber 2019 zunahm. Dennoch muss festgehalten werden, dass ihr Ergebnis umso geringer ausfiel, je mehr Menschen sich insgesamt an der

Europawahl beteiligten. Dies spricht dafür, dass es den beiden Parteien gelungen sein dürfte, ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler, die womöglich mit dem Handeln der Regierungsparteien unzufrieden waren, zur Wahlteilnahme zu bewegen – in erster Linie zum Nachteil der SPD und mit Abstrichen der GRÜNEN.

Die Auswirkungen der Absenkung des Wahlalters, wodurch es erstmals auch den 16- und 17-Jährigen ermöglicht wurde, ihre Stimme bei einer Europawahl abzugeben, können etwas detaillierter erst mit der Auswertung der Repräsentativen Wahlstatistik untersucht werden. Die Ergebnisse werden voraussichtlich in wenigen Wochen vorliegen. Erste Befunde deuten jedoch darauf hin, dass sich die Wahlbeteiligung infolge der gesetzlichen Änderung in den jüngeren Altersgruppen nicht sehr stark erhöhte.

Sebastian Fückel, M. A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales“.

Statistische Analyse „Europawahl 2024 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“

Diese und weitere interessante Informationen zur Europawahl am 9. Juni erhalten Sie in der Publikation „Europawahl 2024 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“. Hier finden Sie neben einer textlichen Kommentierung der vorläufigen amtlichen Endergebnisse auch ausführliche Tabellen und Grafiken sowie kartografische Darstellungen. Die Analyse steht im Internet zum kostenfreien Download bereit:



www.statistik.rlp.de/publikationen/analysen



Titelfoto: © MNStudio – stock.adobe.com



Vorankündigung: Statistische Analyse „Europawahl 2024 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik“

Im Rahmen der Repräsentativen Wahlstatistik wurden bei der Europawahl am 9. Juni 2024 in ausgewählten Stimmbezirken Stimmzettel mit Markierungen für sechs Altersgruppen und für das Geschlecht ausgegeben, die in anonymisierter Form Auswertungen des Stimmverhaltens nach den beiden Merkmalen erlauben.

Darüber hinaus werden für ausgewählte Stimmbezirke auch die Wählerverzeichnisse ausgewertet. Diese Auswertung liefert Erkenntnisse über die Wahlbeteiligung nach zehn Altersgruppen und dem Geschlecht. Die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik werden voraussichtlich zum Jahresende im Internet verfügbar sein.

